



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 14.12.2016, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Entscheidung zum Partizipationskonzept, zum
Jugendgemeinderat und dessen Wahlen
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 148/16

geänderte Beschlussempfehlung:

Änderungen wurden in Anlage 3 (Partizipationskonzept) und Anlage 2 (Wahlordnung) vorgenommen.

1. Dem hier vorliegenden Partizipationskonzept für Ludwigsburg (Anlage 3) und den Eckpunkten für den Jugendgemeinderat wird zugestimmt.
2. Der Wahlordnung zur Wahl eines Jugendgemeinderates (Anlage 2) wird zugestimmt.
3. Im Frühjahr 2017 wird eine Wahl zum Jugendgemeinderat durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der geänderte Beschluss wird mit 15 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die geänderte Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Bevor EBM **Seigfried** TOP 1 aufruft, gibt er einen kurzen Abriss über das zurückliegende Jahr, unter anderem seien dies Themen gewesen wie die Förderung des neuen Domiziles der Ludwigstafel, Sicherheitskonzepte bei Veranstaltungen, Finanzierung der frühkindlichen Bildung, die regionale Schulentwicklungsplanung, die Anschlussunterbringung der Flüchtlinge, Schuljubiläen, das Seniorenhandbuch, die Jugendbeteiligung und vieles mehr. Er spricht seinen herzlichen Dank auch im Namen von OBM Spec an das Gremium aus.

EBM **Seigfried** begrüßt Frau Junginger und Herr Burtchen (FB Bildung und Familie), sowie die beteiligten Jugendlichen Coco Haag, Timm Overdick und Irem Inan.

Herr **Burtchen** (FB Bildung und Familie) erinnert daran, dass das Thema Jugendbeteiligung einen langen Prozess von über einem Jahr beansprucht habe. Heute könne das Ergebnis präsentiert werden. Die Präsentation zeige einen kurzen Rückblick, die Vorstellung des Partizipationskonzeptes sowie einen Ausblick. Die BSS- Klausur, sowie das Jugendhearing seien insbesondere Bestandteile des Prozesses. Herr Burtchen dankt allen Beteiligten.

Frau **Junginger** (FB Bildung und Familie) stellt zusammen mit den Jugendlichen anhand einer Präsentation das Partizipationskonzept vor. Sie gehen insbesondere auf den derzeitigen Stand des Konzeptes, das Partizipationskonzept mit seinen drei Säulen, die Rahmenbedingungen des Jugendgemeinderates, die Ressourcen, die Wahl des Jugendgemeinderates, das Zusammenspiel mit dem Gemeinderat und der Verwaltung, die Nachhaltigkeit und ein Ausblick ein.

Stadtrat **Meyer** spricht seinen Dank aus. Seine Fraktion könne diese Partizipation befürworten. Zu einzelnen Details habe er allerdings noch Fragen, insbesondere in der Praxisumsetzung. Den Ziffern 2 und 3 der Vorlage könne zugestimmt werden. Ziffer 1 müsse noch präzisiert werden.

Stadtrat **Kasdorf** könne der Vorlage zustimmen. Sicherlich müsse im Laufe der nächsten Jahre nachgebessert werde. Er wünsche sich, dass sich der Jugendgemeinderat etabliere. Das Konzept sei an den Lebensraum der Jugendlichen, wie Schule, Freundeskreis und nicht explizit an den Wohnort angepasst. Ebenso sei die Chancengleichheit für alle Schulformen gegeben. Allerdings sei ihm die Stimmabgabe von 15 Stimmen bei 21 Sitzen nicht schlüssig.

Ein Dank an die präzise Ausarbeitung spricht Stadträtin **Deetz** aus. Ihre Fraktion stimme der Vorlage zu. Änderungen und Ergänzungen könnten in der Praxisphase noch ergänzt werden. Sie selbst stelle sich gerne weiterhin als Patin zur Verfügung. Die Altersspanne von 14 bis 20 Jahren, sowie die Mitgliederzahl von 21 Jugendlichen sehe sie sinnvoll. Allerdings sehe man eventuell ein Problem wenn prozentual auswärtige Schüler im Gremium zu dominant seien. Zudem solle man die Auszubildenden und Jugendliche an den Gewerbeschulen einbinden. Die Frage des Vorsitzes müsse noch geklärt werden. Als Versammlungsort schlage sie den Sitzungssaal vor.

Die Entscheidungsreife sei erreicht, so Stadträtin **Moersch**. Die Umsetzung des Jugendgemeinderates solle jetzt erfolgen. Ein ambitionierter Zeitplan liege in der Vergangenheit, sowie in der Zukunft. Die Ernsthaftigkeit, Ausdauer, Zielstrebigkeit und Professionalität der beteiligten Jugendlichen beeindrucke sehr. Die Unterstützung als Patin sei weiterhin gegeben und solle auch in Anspruch genommen werden. Die Anwesenheitspflicht sei ihr wichtig und solle eingehalten werden. Sie könne der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Heer** sieht im Jugendgemeinderat eine Chance der Einbringung in kommunalpolitische Themen. Er sehe das Partizipationskonzept sehr gut durchdacht und ausgeführt. Er wolle wissen, ob die Paten bewusst nur von den Fraktionen gestellt werden oder auch von den Gruppen. Den Ziffern 2 und 3 könne er zustimmen. Zu Ziffer 1 bittet er um Klärung bezüglich der Patenschaft.

Stadtrat **Kube** stimmt der Vorlage zu. Zu jugendrelevanten Themen solle dem Jugendgemeinderat ohne bürokratische Hürde ein Rederecht eingeräumt werden.

EBM **Seigfried** fasst die während der Aussprache aufgekommenen offenen Fragen zusammen. Dies sei die Differenzierung des passiven und aktiven Wahlrechts, die Stimmzahl von 15 auf 21 Stimmen zu erhöhen, die Regelung zum Antrags-/ Rede- und Antragsrecht in Anlage 3 Punkt 2.3, Paten aus Fraktionen und Gruppen, Klärung des Sitzungssaals, die Anwesenheitspflicht sowie bei der Wahlordnung zu § 2 „oder“ einzufügen.

Stadtrat **Herrmann** schlägt zu Anlage 3 Punkt 2.3 vor, dass der Jugendgemeinderat ein Antragsrecht und in der Beratung ein Rederecht erhalte.

Stadtrat **von Stackelberg** sehe die Aufnahme einer weiteren Schulform als sinnvoll. Hierzu gibt Stadtrat **Herrmann** zu bedenken, dass beispielsweise die Waldorfschule ebenso nicht eingeschlossen sei. In Abwägung der Vor- und Nachteile sei der vorgelegte Vorschlag praktikabel.

Stadtrat **Heer** stellt einen Änderungsantrag zu Anlage 3 Ziffer 2.3 auf die Aufnahme von Gruppen bezüglich der Paten.

EBM **Seigfried** lässt über den Änderungsantrag abstimmen. Dieser wird mit 8 Ja- Stimmen, 4 Nein- Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Anschließend formuliert EBM **Seigfried** die Änderungen. Diese seien bei der Festlegung der Wahlberechtigten zu § 2 werde zwischen a) und b) ein „oder“ eingefügt, die Stimmabgabe werde von 15 auf 21 Stimmen erhöht, die Anlage 3 Ziffer 2.3 werde wie von Stadtrat Herrmann vorgeschlagen geändert und bezüglich der Paten werden auch Gruppen aufgenommen.

EBM **Seigfried** lässt über die geänderte Vorlage abstimmen.

Die Änderungen werden von Herrn **Burtchen** (FB Bildung und Familie) eingearbeitet.

TOP 2	Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung 2016 - Regionale Schulentwicklung an weiterführenden Schulen	Vorl.Nr. 452/16
-------	--	-----------------

Beschluss:

Die maximale Zügigkeit der weiterführenden Schulen in Ludwigsburg wird, wie in Anlage 1 aufgeführt, festgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** ruft Top 2 auf und verweist auf die Anlage 1 zur Vorlage 452/16 Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung- Regionale Schulentwicklung an weiterführenden Schulen. Hier sei die maximale Zügigkeit der weiterführenden Schulen ab dem Schuljahr 2017/18 wie folgt festgelegt:

. Friedrich-Schiller-Gymnasium	4 Eingangsklassen
. Goethe-Gymnasium	4 Eingangsklassen
. Otto-Hahn-Gymnasium	4 Eingangsklassen
. Mörike-Gymnasium	6 Eingangsklassen (5 G9 + 1 G8)
. Elly-Heuss-Knapp Realschule	5 Eingangsklassen
. Gottlieb-Daimler Realschule	5 Eingangsklassen
. Gemeinschaftsschule Innenstadt	3 Eingangsklassen
. Justinus-Kerner Werkrealschule/GMS	3 Eingangsklassen
. Hirschbergschule Werkrealschule	2 Eingangsklassen

Ein weiterer Sachvortrag sei nicht erwünscht. EBM Seigfried eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Herrmann** teilt mit, dass er dieses Thema als schwierig sehe, aber eine Entscheidung getroffen werden müsse. Die kurzen Wege zwischen den Schulen sehe er als positiv. Er könne

der Vorlage zustimmen.

Stadträtin **Steinwand- Hebenstreit** stimme ebenso zu. Die Maßnahme sei sinnvoll, ebenso die Absprache mit den Nachbarkommunen.

Durch das Anbieten von speziellen Profilen habe man eine Sogwirkung und somit viele Einpendler, meint Stadtrat **von Stackelberg**. Für ihn von Interesse sei die Prüfung, welche Profile im Landkreis angeboten werden, so dass auch eventuell ein Auspendeln von Ludwigsburger Schülern stattfinden werde. Auch er könne der Vorlage zustimmen. Die Steuerung und der Austausch mit den Nachbarkommunen sehe er als sinnvoll an.

Stadträtin **Moersch** stimme ebenfalls zu. Dieser Beschluss sei wichtig und sinnvoll um die Leistungsfähigkeit der Schulen zu gewährleisten, so Stadträtin Moersch. Der Dialog mit den umliegenden Kommunen sehe sie sehr positiv.

Stadtrat **Heer** sieht Ludwigsburg als attraktiver Schulstandort. Der Zulauf von Schülern, die nicht Ludwigsburger seien, solle geregelt werden. Er stimme der Vorlage zu.

EBM **Seigfried** weist darauf hin, dass auswärtige Schüler willkommen seien, allerdings sei die Kapazität erreicht und deshalb sei ein gemeinsamer Schulentwicklungsplan mit den Nachbarkommunen wichtig.

Stadtrat **Dr. Vierling** erkundigt sich über die Perspektive der Gemeinschaftsschule in der Innenstadt und wie die Vorgehensweise bei der Auswahl der auswärtigen Schülern sei.

Hierzu teilt EBM **Seigfried** mit, dass die Kriterien bezüglich des Auswahlverfahrens die Schulleiter anwenden.

Stadtrat **Herrmann** bittet um die Angabe der Anzahl der ein- und auspendelnden Schüler.

Frau **Schmetz** (FB Bildung und Familie) teilt mit, dass in Eglosheim mit einer 1-Zügigkeit gerechnet werde. Die Gemeinschaftsschule in der Innenstadt sei für eine 3- Zügigkeit ausgelegt. Zudem sei in der Oststadt eine weitere Gemeinschaftsschule. Die Entwicklung der Oberstufen müsse von den Gemeinschaftsschulen zusammen geplant werden.

Herr **Wittmann** (FB Bildung und Familie) ergänzt die Anzahl der ein-/auspendelnden Schüler/-innen der städtischen Schulen. Einpendler seien 1.300 Schüler/-innen und Auspendler 500-600 Schüler/-innen.

Im Anschluss lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

TOP 3

Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen 2016 bis
2028
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Ein mündlicher Bericht mit Präsentation zur Bedarfsplanung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Ludwigsburg für die Jahre 2016 bis 2028 erfolgt durch Frau **Schmetz** (FB Bildung und Familie). Diese Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Frau **Schmetz** geht auf die einzelnen Stadtteile ein.

Protokollauszug Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales 14.12.2016

Im Stadtteil Neckarweihingen seien derzeit nicht ausreichend Plätze im U3 sowie im Ü3 Bereich vorhanden. Als Maßnahme strebe man an, dass die Kita Landeckerstraße ausgebaut werde, die Kita Neue Straße entwickelt und die Kita Häslenweg vorerst im Betrieb bleibe, bis gesamtstädtisch der Bedarf gedeckt sei.

Für den Stadtteil Hoheneck bestehe temporär für 10 Jahre ein zusätzlicher Bedarf. Temporär konnte direkt im Stadtteil keine Lösung gefunden werden, jedoch seien Kapazitäten im näheren Umfeld frei. EBM **Seigfried** teilt mit, dass im Familiendialog Hoheneck dieses Thema angesprochen worden sei. Die Zufahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu den Kitas außerhalb des Stadtteils sei zum Teil erschwert. Die Errichtung einer kleinen Einrichtung im unteren Teil der Marbacher Straße werde betrachtet.

Im Stadtteil Oßweil bestehe derzeit eine Bedarfsdeckung für den Ü3 Bereich. Im Bereich U3 bestehe noch Nachholbedarf. Künftig gebe es im Ü3 Bereich allerdings mehr Bedarf, so Frau Schmetz.

Der Stadtteil Schlösslesfeld habe im U3 Bereich derzeit noch weiteren Bedarf. Allerdings sei dies lediglich eine temporäre Lücke, da sinkende Zahlen zu erwarten seien. Dies werde sich dann zeitversetzt im Ü3 Bereich widerspiegeln.

Im Bereich der Oststadt sei der Ü3 Bereich in der Bedarfsdeckung, eventuell könne hier von einer Ressourcengewinnung ausgegangen werden. Für den Bereich U3 gebe es noch Bedarf.

Aufgrund der räumlichen Nähe könne man die Bezirke Oßweil, Schlösslesfeld und Oststadt gemeinsam betrachten. Als Maßnahmen seien derzeit in der Planung, dass die Pauluskirchengemeinde, die Kita Jägerhofkaserne, sowie die Elterninitiative Takatukaland weitere Gruppen errichten werden.

Für den Entwicklungsbezirk Grünbühl- Sonnenberg fehlen im Ü3 Bereich bereits jetzt 50 Plätze. Hier plane man eine zusätzliche Einrichtung mit 5 Gruppen.

Im Bezirk Stadtmitte gebe es mehr Plätze als Nachfrage. Hier werden Kinder aus den weiteren Stadtteilen aufgenommen. Die Innenstadt sei hierfür geeignet, da der öffentliche Nahverkehr sternförmig auf die Stadtmitte zulaufe.

Im Stadtteil Eglosheim sei der Bedarf im U3 Bereich gedeckt und im Ü3 Bereich seien mehr Plätze als Nachfrage vorhanden. In diesem Bezirk seien viele Kinder aus den anderen Bezirken untergebracht.

In der Weststadt sei derzeit der Bedarf im U3 Bereich gedeckt. Im Ü3 Bereich nicht. Frau Schmetz teilt mit, dass künftig sinkende Kinderzahlen zu erwarten seien.

Im Bereich der Weststadt liege von der SDI e.V. ein Antrag auf Aufnahme in die Bedarfsplanung vor. Hierüber werde das Gremium in einer künftigen Sitzung informiert.

Der Bedarf in Pflugfelden sei gedeckt.

Ebenso konnte man allen Anfragen im Stadtteil Poppenweiler nachkommen. Allerdings seien hier die Profile zu überdenken und anzupassen.

Frau Schmetz teilt mit, dass mehr auswärtige Kinder in Ludwigsburg betreut werden, als Ludwigsburger Kinder auswärtig. Der Grund hierfür seien unter anderem die Betriebskitas oder Einrichtungen mit besonderen pädagogischen Konzepten.

Gesamtstädtisch und unter Berücksichtigung aller Maßnahmen gesehen, sei man im U3 Bereich auf dem Weg der Bedarfsdeckung. Im Ü3 Bereich könne in den nächsten 2-3 Jahren der Bedarf nahezu gedeckt werden.

Zu beachten sei, dass nicht zeitgemäße Einrichtungen zukünftig nicht mehr nutzbar seien und dann der Bedarf eventuell nicht gedeckt werden könne.

EBM **Seigfried** dankt Frau Schmetz für den Vortrag und sagt zu, dass dieses Thema in die Klausur mit aufgenommen werde.

Abstimmungsergebnis:

Eine Abstimmung erfolgt nicht.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** ruft Top 4 auf und gibt das Wort an Herrn **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) weiter. Dieser teilt mit, dass mit der Änderung der Parkgebührensatzung und der Gebührenerhöhung unter anderem das Verhältnis zwischen den Parkhäusern und dem Parken auf öffentlichen Straßen hergestellt werden solle. Insbesondere solle auch der Parksuchverkehr reduziert werden. Herr Winkler erläutert die Vorlage und die Anlagen.

Anschließend eröffnet EBM **Seigfried** die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** sieht die Maßnahme die Gebühren des Straßenrandparkens zu erhöhen als sinnvoll. Allerdings sehe er diese Parkmöglichkeit als notwendig, insbesondere für ältere Menschen. Er sehe das Thema Parksuchverkehr nicht genügend beraten. Ziffer 1 könne nicht zugestimmt werden. Hier wird um einen erneuten Vorschlag gebeten. Den Ziffern 2 bis 5 könne zugestimmt werden. Im morgigen Gemeinderat solle hierüber keine Abstimmung erfolgen. Zudem bitte er um Information wie und wo die erwirtschafteten Einnahmen eingesetzt werden würden.

Stadtrat **Dr. Vierling** geht auf die Ziffern 1-4 der Vorlage ein und ist der Meinung, dass die Gebühren für die Parkierung am Straßenrand erhöht werden solle. Parkhäuser und Tiefgaragen sollen vorrangig genutzt werden, somit sei der Nachzug sinnvoll. Ein Lösungsansatz sei das preisgünstige Ludwigsburgticket um die Verkehrsbelastung in der Innenstadt zu reduzieren. Er plädiere dafür, dass die Parkgebühren zu besonders attraktiven Veranstaltungen in der Innenstadt angehoben werden. Eventuell werde vermehrt auf den ÖPNV umgestiegen. Dr. Vierling verweist auf die Vorlage Nummer 463/16. Er bittet um Prüfung in welchem Umfang die Gebühren erhöht werden müssen, um eine Entlastung in der Innenstadt zu bemerken.

Eine Zustimmung in allen Punkten könne Stadtrat **Daferner** nicht geben. Er bitte darum, die Vorlage zu Punkt 1 zu überarbeiten. Ziffer 2-5 könne zugestimmt werden. Ein großes Problem sehe er im illegalen Parken und wünsche sich eine Ahndung in stärkerem Maße.

Stadtrat **Dengel** kann ebenso nicht in allen Punkten zustimmen. Zu Ziffer 2 habe er keine Einwände. Ebenso bei der Erweiterung der Parkraumbewirtschaftungszone. Die Gebührenerhöhung müsse nochmals überdacht werden. Zudem solle das bisher gebührenfreie Parken in der Karlskaserne im Zuge der Erweiterung der Parkraumbewirtschaftungszone miteinbezogen werden. Ziffer 3 könne nicht zugestimmt werden. Er appelliere daran, dass die Interessen gehbehinderter Menschen insbesondere bei Arztbesuchen angedacht werden solle. Hier reiche die Höchstparkdauer von 20 Minuten nicht aus.

Stadtrat **Weiss** äußert sich ebenso dahingegen, dass Ziffer 1 erneut diskutiert werden solle. So könne über die Vorlage nicht abgestimmt werden. Die Kurzzeitparkplätze seien notwendig und für den Einzelhandel wichtig.

Die Nachbesserung der Vorlage sieht Stadtrat **Heer** als notwendig. Er sehe ein Defizit im Vollzug der Überwachung. Punkt 2, 3 und 4 könne zugestimmt werden. Im Zusammenhang mit Ziffer 4 solle ebenso die Parkraumbewirtschaftung der West-/ Südstadt aufgegriffen werden.

Stadtrat **Daferner** nennt folgenden Vorschlag bezüglich der Gebührenhöhe für die Zone 1. Es solle bei 80 Minuten eine Gebühr in Höhe von 2,50 Euro, für 100 Minuten eine Gebühr in Höhe

von 3,-- Euro und bei 120 Minuten eine Gebühr in Höhe von 3,50 Euro erhoben werden.

Stadtrat **Vierling** wünscht weitere Informationen bezüglich des Modells der Gebührenstaffelung. Zudem wolle er nochmals darauf hinweisen, dass die Idee der variablen Tarife überdacht werden solle.

Keine Zustimmung erfolge von Stadträtin **Moersch**. Die sogenannte Brötchentaste für die ersten 30 Minuten sei sinnvoll. Sie empfinde das Vorgehen als „Gängelung“ der PKW Besucher in der Stadt. Sie befürchte künftig ein Fernbleiben der PKW Besucher.

Stadtrat **Kasdorf** bittet um Untersuchung der Parksituation am Zuckerberg.

Nach dieser ersten Aussprache wird deutlich, dass es für den BSS weiteren Gesprächsbedarf gibt. Daraufhin zieht EBM **Seigfried** die Vorlage zurück. Diese wird nochmals überarbeitet. Insbesondere werde die Parkgebührensatzung nochmals überarbeitet, die Prüfung der sogenannten Brötchentaste und ein Überwachungskonzept erstellt.

TOP 5 Vorstellung des Aufgabenportfolios von
Fachbereichen
- weiteres Vorgehen entsprechend der
Haushaltsstruktur-Kommission vom 09.05.2016
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Die Vorstellung des Aufgabenportfolios des Fachbereiches 32 wird vertagt.